

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

GZ 32 0802/1-II/7/86 |25/

Entwurf eines Bundesgesetzes über
die Leistung eines weiteren öster-
reichischen Beitrages an den Fonds des
Umweltprogrammes der Vereinten
Nationen; Begutachtung.
Zl. IV-40.755/2-2/86,
vom 5. Juni 1986

Himmelpfortgasse 4 - 8

Postfach 2

A-1015 Wien

Telefon 53 33

(ab 7. Juli 1986 51 433/0)

Durchwahl 1549

Sachbearbeiter:

OK Dr. Deisenhammer

An den
Präsidenten des
Nationalrates

Parlament
1010 W i e n

DATE	93	ALBRE
Zl.	-GE/9.86	
Datum:	23. JUNI 1986	
Verteilt:	24. JUNI 1986 Mechhammer	

L. Hlawacek

Im Sinne der EntschlieÙung des Nationalrates betreffend die Begutachtung der an die vorberatenden Körperschaften und Zentralstellen versendeten Gesetzesentwürfe beehrt sich das Bundesministerium für Finanzen in der Anlage seine Stellungnahme zu dem vom Bundesministerium für soziale Verwaltung erstellten und mit Note vom 5. Juni 1986, Zl. IV-40.755/2-2/86, versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes über die Leistung eines weiteren österreichischen Beitrages an den Fonds des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen in 25facher Ausfertigung zu übermitteln.

Anlagen: 25 Kopien

19. Juni 1986

Der Bundesminister:

Dkfm. Lacina

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Crallm

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

GZ 32 0802/1-II/7/86

Entwurf eines Bundesgesetzes über
die Leistung eines weiteren öster-
reichischen Beitrages an den Fonds
des Umweltprogrammes der Vereinten
Nationen; Begutachtung.

Zl. IV-40.755/2-2/86,
vom 5. Juni 1986.

Himmelpfortgasse 4 - 8

Postfach 2

A-1015 Wien

Telefon 53 33

(ab 7. Juli 1986 51 433/0)

Durchwahl 1549

Sachbearbeiter:

OK Dr. Deisenhammer

An das
Bundesministerium für
Gesundheit und Umweltschutz

W i e n

Zu dem mit Note vom 5. Juni 1986, Zl. IV-40.755/2-2/86, übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes über die Leistung eines weiteren österreichischen Beitrages an den Fonds des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen beehrt sich das Bundesministerium für Finanzen mitzuteilen, daß gegen den o.a. Entwurf lediglich dann keine Bedenken bestehen, wenn die bisherige Beitragshöhe unverändert beibehalten wird.

Einer Erhöhung im vorgesehenen Ausmaß (200.000 US-Dollar jährlich) könnte im Hinblick auf das weiterhin unumstößliche Gebot der Budgetkonsolidierung nur dann zugestimmt werden, wenn der hierfür erforderliche budgetäre Aufwand durch Umschichtungen im Ressortbereich bedeckt werden kann. Eine Bedeckung im Gesamthaushalt kann hierfür nicht zur Verfügung gestellt werden.

19. Juni 1986

Der Bundesminister:

Dkfm. Lacina

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

